

2228/J-BR/2004

Eingelangt am 20.07.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Schimböck
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend personelle Ausstattung der Bundeswettbewerbsbehörde

Die Bundeswettbewerbsbehörde zeigt in ihrem Tätigkeitsbericht von 1. Juli 2003 bis 30. April 2004 ihre prekäre Personalsituation auf. Wörtlich heißt es in dem Bericht "Die BWB steht derzeit personalmäßig auf der Ebene etwa der Wettbewerbsbehörde Zyperns und Islands; fast alle Wettbewerbsbehörden Europas sind inzwischen deutlich besser - zum Teil extrem weit besser - ausgestattet."

Dem steht ein Zumehmen von tatsächlichen und behaupteten Fällen von Wettbewerbsverletzungen in Österreich gegenüber.

Dazu kommt, dass - wie die OGH-Entscheidung zur Reduktion der Provision für Briefmarken für die Verschleißer von sieben auf zwei Prozent - nachgebessert auf drei bzw. 3,25 Prozent - anschaulich dokumentiert - die aktuelle legitistische Situation keinen ausreichenden Rechtsschutz für kleine Unternehmen im Wettbewerbsrecht gewährleistet.

Die zunehmende Verlagerung der Umsätze von Klein- und Mittelbetrieben zu den Konzernen ist weitgehend auf die günstigere Wettbewerbssituation der Großbetriebe zurückzuführen, die manchmal hart an der Grenze des Missbrauchs ausgenutzt wird.

Die Situation verschärft sich für kleine Unternehmen auch durch das Weiterführen von Konzernen, die durch eine Insolvenz "entschuldet" wurden und von den neuen Eigentümern unter Beibehaltung des bisherigen Marktauftrittes weitergeführt werden.

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Kann die Bundeswettbewerbsbehörde mit ihren personellen Ressourcen Ihre Aufgabenstellung erfüllen?
2. In welchem Verhältnis steht die personelle Ausstattung der BWB zu ihren Aufgabenstellungen im Vergleich zu anderen, vergleichbaren Behörden in den Mitgliedstaaten der EU und wie unterscheiden sich Aufgabenstellung und personelle Ausstattung konkret im Vergleich der bisherigen 15 EU-Staaten?
3. In welcher Weise wird der im Tätigkeitsbericht aufgezeigten Unterbesetzung Rechnung getragen?
4. Sind Sie der Meinung dass das aktuelle Wettbewerbsrecht einen ausreichenden Rechtsschutz für Klein- und Mittelbetriebe gewährleistet, wenn ja - warum, und wenn nein, welche Schritte zur Verbesserung der Situation werden Sie setzen?
5. Plant Ihr Ressort eine Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechtes und wenn ja, nach welchen Maßgaben?